

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Und täglich grüßt das Murmeltier“ ist der Titel eines Films, in dem die Hauptperson Phil Connors denselben Tag immer wieder erlebt. Was er auch an diesem Tag, dem Murmeltiertag, anstellt, er wacht am vermeintlich folgenden Morgen auf und es ist wieder Murmeltiertag. Phil nutzt auf findige Weise die Kenntnis vom Tagesablauf für seine Interessen, als er aber irgendwann die Nase davon voll hat, will er der verhängnisvollen Zeitschleife entfliehen, aber jeden Morgen stellt er fest, dass sich nichts geändert hat.

Gewachsene Haushaltsdefizite

In gewisser Weise vermitteln auch unsere Haushaltsberatungen seit einigen Jahren dieses „Deja-vue“-Erlebnis des Films, nur dass bei uns nicht das Murmeltier grüßt, sondern ein strukturelles Defizit, welches zudem noch die Eigenschaft hat, mit jedem Jahr geradezu unansehnlich zu wachsen. Was wir, damit meine ich Verwaltung und Politik, in den vergangenen Jahren auch angestellt haben, jede neue Haushaltsplanung musste ein größeres Defizit konstatieren und verarbeiten.

Konnte man zunächst noch auf relativ hohe Rücklagen aus besseren Tagen zurückgreifen, so sind diese mittlerweile praktisch aufgebraucht. Da die Kreditaufnahme durch die Höhe der Investitionen beschränkt ist, diese aber ebenfalls drastisch zusammengestrichen wurden, können auch zusätzliche Schulden nicht zur Defizitfinanzierung herangezogen werden.

Haushalt 2005

In diesem Jahr nun hat uns der Bürgermeister vorgeschlagen, das Defizit im Wesentlichen durch Grundstücksverkäufe in bisher noch nicht gekanntem Ausmaß auszugleichen. Die Beratungen aller Parteien und aller Ausschüsse haben gezeigt, dass niemand eine kurzfristig wirksame, bessere Idee hat, um die Schieflage in unserem Haushalt auf andere Art zu begegnen. Unterstellen wir einmal, trotz aller Bedenken, dass die Grundstücksverkäufe so umzusetzen sind wie geplant. Wo stehen wir dann bei den nächsten Haushaltsberatungen für das Jahr 2006?

Es gehört keine große prognostische Fähigkeit dazu, um vorherzusagen, dass wenn die Struktur des Verwaltungshaushalts nicht wesentlich verändert wird, wir wie Phil Connors in dem Film die Zeitschleife nicht verlassen können, die uns wachsende Defizite bei immer kleiner werdenden Gestaltungsspielräumen beschert.

Die FDP hat in den vergangenen Jahren immer wieder angemahnt, dass über Parteigrenzen hinweg ein Konzept erarbeitet wird, welches zu einer nachhaltigen Verbesserung der Struktur des Verwaltungshaushalts beiträgt. Leider ist das Kommunalwahljahr 2004 verstrichen, ohne dass sich etwas Entscheidendes bewegt hätte.

Meine Damen und Herren, das Defizit im Verwaltungshaushalt erklärt sich je nach Sichtweise durch zu geringe Einnahmen oder zu hohe Ausgaben oder auch beides.

Steuererhöhungen zur Stärkung der Einnahmeseite?

Der Antrag der Grünen im HFA zielte darauf ab, die Einnahmeseite durch eine geringfügige Erhöhung der Hebesätze zur Grund- und Gewerbesteuer zu verbessern. Abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Erhöhung noch nicht einmal 5% des Fehlbetrags im Verwaltungshaushalt abgedeckt hätte – Wenig hilft eben wenig! – halten wir eine Steuererhöhung in unserer jetzigen Situation für das denkbar falscheste Signal. Steuern haben neben der Einnahmewirkung ja schließlich auch eine Steuerungsfunktion. Tendenziell wird der Standort Lüdinghausen durch die Erhöhung dieser Steuern sowohl für Unternehmen als auch Bauherren weniger attraktiv. Wir Liberalen gehen davon aus, dass niedrigere Steuersätze auf längere Sicht nicht zu niedrigeren, sondern zu höheren Einnahmen führen, wenn nämlich durch vergleichsweise niedrige Steuersätze, die ja auch ein Beleg für die Wirtschaftsfreundlichkeit einer Stadt sind, sich mehr Investoren für den Standort Lüdinghausen entscheiden als es bei höheren Steuersätzen der Fall wäre.

Steuererhöhungen sind in gewisser Weise auch immer eine kleine Kapitulation vor den Ausgaben, als wenn diese mit naturgesetzlicher Folgerichtigkeit eintreten und es uns nur übrig bleibt, für ihre Finanzierung zu sorgen.

Ausgabenstruktur

Unbestritten bleibt jedoch, dass den unabweisbaren Ausgaben auch entsprechende Einnahmen gegenüberstehen müssen. Wenn man die Ausgaben, wie im Haushaltsplan dieses und vergangener Jahre ausgewiesen, also für unvermeidbar hält, dann muss man konsequenterweise auch den Schritt gehen und für eine Erhöhung der Einnahmen sorgen. Außer den Grünen wollte diese Konsequenz jedoch niemand ziehen. Das lässt aber doch den Umkehrschluss zu, dass wesentliche Ausgabenposten entweder einzusparen oder nur eine temporäre Erscheinung sind, die in den kommenden Jahren verschwindet.

Es lohnt sich daher, einen Blick in die Zukunft zu wagen und die Größenordnung der Veränderungen abzuschätzen, die mit hoher Sicherheit eintreten werden und dann zu analysieren, wie wir auf das Absehbare vorbereitet sind.

Weitere Belastungen

Wir müssen feststellen, dass in den nächsten Jahren weitere Ausgabensteigerungen auf den städtischen Haushalt zukommen. Dazu zählen ab 2006 die vollen Beiträge für die Nutzung des Hallenbades. Auch die Ausweitung des Ganztagsangebots an Grundschulen wird ab dem kommenden Jahr unseren Haushalt stärker belasten. Risiken ergeben sich durch die Absicht der Kirchen, Trägerschaften im Kindergartenbereich zurückzufahren. Des Weiteren hat Lüdinghausen mit dem Bau der Bürgerhalle auf dem DKV-Gelände und die städtebauliche Gestaltung des Umfeldes Großes vor. Es bleibt abzuwarten, ob Investition und Unterhaltung durch das vorbildliche Engagement des Vereins „Pro Stadthalle“ tatsächlich auf privater Basis realisiert werden kann. Schließlich müssen die jetzt aufgeschobenen Investitionen in absehbarer Zukunft nachgeholt werden.

Insgesamt gehen wir von zusätzlichen Belastungen des Verwaltungshaushalts in Millionenhöhe aus, wenn man den Wegfall einmaliger Einnahmen in diesem Jahr mit berücksichtigt.

Andererseits kann bei anziehender Konjunktur und dem Wegfall negativer Sondereffekte bei der Gewerbesteuer auch mit einer deutlichen Verbesserung der Einnahmesituation gerechnet werden. Per Saldo kann man bei optimistischer Sichtweise – und wir zählen uns zu den Optimisten – von einem leichten Rückgang des Defizits in den kommenden Jahren ausgegangen werden, aber sicherlich nicht in dem Maße, wie es für einen halbwegs gesunden Haushalt notwendig wäre.

Kommunalpolitische Ziele

Wenn wir also trotz der misslichen Finanzsituation

- die Bürgerhalle mit der städtebaulichen Aufwertung des gesamten Bahnhofsareals wollen,
- wenn wir die Ausweitung des Ganztagsangebots an Schulen und Kindergärten zur Verbesserung der Zukunftschancen aller Kinder wollen,
- wenn wir die Belebung der Innenstadt und die verbesserte Anbindung der neu entstehenden kommerziellen Schwerpunkte am Rande der Altstadt wollen,

dann müssen wir jetzt handeln und die finanziellen Freiräume für die Zukunftsprojekte unserer Stadt schaffen. Das kann natürlich nicht mit diesem Haushalt allein gelingen, da sind wir durchaus derselben Meinung wie die anderen Fraktionen, dass dieses vom Bürgermeister vorgelegte Notkonstrukt relativ alternativlos ist. Nur kann uns dieser Haushalt günstigstenfalls über das laufende Jahr hinweghelfen. Er zeigt aber keine Perspektive auf, wie wir die finanziellen Grundlagen für die Gestaltung der Zukunft sicherstellen.

Notwendige Strukturverbesserungen

Dazu müssen wir in die festeingefahrenen Kostenstrukturen eingreifen.

Wir begrüßen die von der Verwaltung initiierte stärkere finanzielle Beteiligung der Vereine und sonstigen Nutzer öffentlicher Einrichtungen. Dieses ist für uns ein Mehr an Gerechtigkeit gegenüber der Gesamtheit der Steuerzahler.

Ebenso unterstützen wir die einstimmig im Bauausschuss verabschiedete Anregung zur Modifizierung der Schulanfangszeiten mit dem Ziel, die erheblichen Schülerbeförderungskosten zu reduzieren.

Auch die Zuschüsse für den Personennahverkehr, insbesondere für die Taxibusse, müssen überprüft und reduziert werden.

Diese Maßnahmen allein reichen aber vom Volumen her nicht aus, um die strukturelle Schwäche unseres Haushalts zu beseitigen.

Die FDP hat daher den Antrag gestellt, durch einen Einstellungs- und Beförderungsstopp die Personalkosten im städtischen Haushalt zu reduzieren. Einen solchen Antrag stellt man nicht leichtfertig und schon gar nicht wollten wir dadurch die gute Arbeit der städtischen Bediensteten in Frage stellen. Die Verwaltung hat ausführlich begründet, warum dieser Antrag aus ihrer Sicht abzulehnen sei. Einige der vorgetragenen Argumente waren auch für uns nachvollziehbar. Aber genau so, wie wir in anderen Bereichen zu wohlbegründeten Anträgen aus Kostengründen „Nein“ sagen, müssen wir auch zur Personalentwicklung in der Verwaltung sagen: Ihr müsst zur Bewältigung der sicherlich vielfältigen und komplexen Aufgaben mit weniger Personal auskommen. Wir haben nicht das notwendige Geld, um alles Wünschenswerte und Sinnvolle zu finanzieren.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang an entsprechende Aussagen des Bürgermeisters zur Personalkostenentwicklung des Kreises, die von unseren Argumenten ja nicht weit entfernt sind. Man hätte diese schwere finanzielle Krise auch als Chance nutzen können, dass von überparteilichem Konsens getragene Ziel der Verwaltungsvereinfachung und –verschlankung nach vorn zu bringen. Diese Chance wurde mit der Ablehnung unseres Antrags durch die größere Koalition der anderen Parteien zumindest zum jetzigen Zeitpunkt vertan!

Fehlende Perspektive

Es wurden aber auch keine Alternativen geboten, die in ähnlichem Umfang zu einer Verbesserung der Finanzstruktur beigetragen hätten. Der auch von der FDP unterstützte Antrag der CDU in der HFA-Sitzung vom letzten Dienstag verfolgt zwar die gleichen Ziele - daher haben wir ihm auch zugestimmt - ihm fehlt aber die notwendige Verbindlichkeit, um durch konkrete Maßnahmen sofort die Sanierungsbemühungen einzuleiten.

Dadurch wurde es nach unserer Überzeugung versäumt, dem vorgelegten Nothaushalt eine gute Perspektive für die Zukunft zur Seite zu stellen. Einem Haushalt, der in so hohem Maße von Hoffnungen getragen ist, der das Defizit durch einen so ungewöhnlich großen Zugriff auf das städtische Vermögen finanziert, einem solchen Haushalt hätten wir in einer absoluten Ausnahmesituation oder als Übergangslösung zustimmen können, aber nicht, wenn er durch fehlendes Umsteuern zur Normalität erhoben wird.

Unsere Ablehnung der Haushaltssatzung und des Budgetbuchs 2005 und des Investitionsplans 2004-2008 erfolgt also nicht, weil wir einen besseren Ansatz zur Bewältigung des Ungleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben für dieses Jahr hätten, sondern weil eine positive Weichenstellung für die Zukunft noch fehlt. Mit unserem Nein zu Haushalt und Finanzplanung wollen wir verdeutlichen, dass wir mit diesem Zuwarten nicht einverstanden sind.

Unser Anliegen, umgehend und konkret die finanzpolitische Wende hier in Lüdinghausen über die von uns zu beeinflussenden Stellgrößen einzuleiten, ließ sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchsetzen. Aber seien Sie versichert, wir lassen nicht nach in unserem Bemühen um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, die eng verknüpft ist mit der Rückkehr zu soliden Finanzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!